

Wirtschaftliche



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabnahmen sind beide Ausgaben vert. Taglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitung“, „Literarische Umschau“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4.80 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Harbord, Verantw. Redakteur (im Ausg.) Handelteller: Carl Tisch, Berlin Damer. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein, Amt Dönhof (A 7) 3805-3806 für den Fernverkehr, Amt Dönhof 3808-3809. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 516.

Völkerbundsprotest in Budapest

Die Notungung des Landwirtschaftsrates

Gegen die Verstärkung der Waffen

Beihlens Antwort

Von Dr. Eugen v. Müller

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

13. Genf, 23. Februar.

Die letzte Bundtagsversammlung der ungarischen Regierung, die wohl geplant hat, durch die Verstärkung der Wehrbewehrung in besonders scharfer Weise dem Völkerbund ein Schnippchen schlagen zu können, dürfte nun doch erloschen sein. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat neben an den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen das folgende dringende Staatstelegramm geschickt:

„Habe die Ehre Ihnen folgendes Telegramm zu übermitteln, das ich neben von dem derzeitigen Präsidenten des Völkerbundes erhalten habe:

„Alle ungarische Regierung zu telegraphieren, daß Völkerbund und Verträge der Völkerbund, die durch diese Verstärkung bei, daß ungarische Regierung den Verbot der Objekte vornehmen will, die den Gegenstand der erlaubten Art sind, und daß es wohl vorzuziehen wäre, die Durchführung dieser Maßnahmen aufzuschieben, da diese Angelegenheit binnen kurzem von Neueinstellung werden soll.“

Drumson.

Der ungewöhnliche Schritt des Völkerbundes, sargt nach dem ästhetischen Vorkommen, daß der Völkerbund nicht ohne vorherige Zustimmung der Hauptmitglieder erfolgt ist, gegen die der Völkerbund einsehend ist, ernstlich gegen die Vorgehensweise der ungarischen Regierung vorzugehen.

Budapest, 23. Februar.

Das ungarische Staats-Telegramm-Büro meldet: Ministerpräsident Graf Bethlen hat sich heute mit dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond auf dessen Einladung in der Angelegenheit in St. Gotthard nachfolgende Antwortbriefe gefandt:

„Der Inhalt Ihres Telegramms hat die ungarische Regierung überglücklich. Auf Grund von Friedensgründen, die aus amtlicher Quelle hervorgehen, ist es nämlich bereits seit mehreren Wochen bekannt, daß die kompetenten Behörden im Sinne der völkerrechtlichen Bestimmungen das im Jahre folgende Material nicht abzugeben machen und im Wege der Verfestigung vorzuziehen werden, falls der rechtmäßige Eigentümer sich nicht melden sollte. Da die Verstärkung für morgen fertig angelegt worden ist und sie im Besitz kompetenter Behörden in St. Gotthard der Bestimmungen des Staatsvertrags gemäß durchgeführt werden muß, wäre es unter den gegebenen Umständen unmöglich, die Durchführung dieser Verstärkung zu verzögern.

„Ich gestatte mir weiter zu bemerken, daß die Behörden betreffend die Ausführung des Völkerbundesgesetzes keine Bestimmungen für solche Fälle erlassen. Völkerbundkommission wird die ungarische Regierung aus Courtoisie gegenüber der Person des derzeitigen Völkerbundes nicht verurteilen, die Käufer zu erziehen, die Gegenstände, die sie kaufen werden, an Ort und Stelle zu beschaffen.“

Die getriggerte Vorverurteilung des Deutschen Landwirtschaftsrates in dem Großen Saal des Schöneberger Rathauses zeigte aufs neue die außerordentlich löbliche Lage der deutschen Landwirtschaft. Während die Tagung des Reichslandbundes sich in unangenehm partiellistischer Polemik verlor und dabei Forderungen aufstellte, die weit über alle Möglichkeiten realer Wirtschaftspolitik hinausgehen, war im Landwirtschaftsrat das Erleben nach positiver Arbeit vornehmbar. Durch die Anwesenheit des Reichspräsidenten sowie der abkömmlichen Reichs- und Landesräte wurde bewiesen, daß von der Regierung den Vorkörpern dieser Selbstorganisation der deutschen Landwirtschaftsämter allergrößte Beachtung geschenkt wird.

Darüber zu reden, aus welchen Gründen die enorme Verstärkung der deutschen Wehrmacht mit ca. 75 Millionen Reich Mark seit der Stabilisierung entstanden ist, wäre ein ausdiesiges Unterfangen. Wenn man auch den Ausführungen des Reichsernährungsministers Schiele nicht folgen kann, der erklärte, niemand dürfe wegen, von einer Schuld der Landwirtschaft an der Verstärkung zu reden, so kann die Tatsache doch nicht geleugnet werden, daß die Milliardenbeträge konsumiert wurden, ohne daß ihnen eine entsprechende Verbesserung der Betriebsbedingungen gegenübersteht.

Der Präsident des Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, Königsberg, sprach der Reichsregierung seiner Dank aus für das im Reichstagsauschuß aufgestellte Politikprogramm, das im allgemeinen den landwirtschaftlichen Betrieben das Durchhalten bis zur nächsten Ernte erwidern merkt. Besonders betonte ausdrücklich, es sei weder beabsichtigt, leistungsunfähige Betriebe, noch leistungsunfähige Betriebsleiter zu erhalten.

Es ist selbstverständlich, daß die schwierigen Probleme der landwirtschaftlichen Politik nicht auf einer Tagung von wenigen Stunden erschöpfend behandelt werden können. Immerhin wurde durch die zahlreichen Redereien und Diskussionen ein Weg präzisierter Arbeit klargestellt, der weitgehende Unterstützung verdient, soweit bei der Durchführung die Erkenntnisse aus Anwendung finden. Rein Stand hat in Deutschland die absolute Majorität, ist ein Kampf zwischen Land und Land um die Vorrangrechte würde zu einer Katastrophe für alle führen. Aus der Wehrpolitik der Reben ging die Einheit hervor, daß die Landwirtschaft, gerade weil sie auf die Hilfe der anderen Stände angewiesen ist, auch bei deren Interessen Rücksicht nehmen muß. Weder die Forderungen und Forderungen des Reichslandbundes, noch die überheblichen Behauptungen einzelner Reichslandräte dienen der Sache der Landwirtschaft, sondern nur ein verdrängender Ausgleich zwischen agrarischen und industriellen Interessen kann den Wirtschaften helfen und den belebtesten Erfolg bringen.

Der Landwirtschaftsrat beehrte sich in seiner Tagung aber nicht auf die derzeitige Bedeutung der schiffsmässigen, sondern suchte einen Weg auf lange Sicht aus der landwirtschaftlichen Krise heraus zu finden. Der wichtigste Punkt muß die Stabilisierung der Preise betreffen. Die Dr. Brandes aber betonte, ist diese nicht dadurch zu erreichen, daß die obere Preisgrenze der landwirtschaftlichen Produkte herabgesetzt wird, da eine solche Politik mit Rücksicht auf die Konkurrenz aus anderen Wirtschaftszweigen und die ausnahmslos konstante des Schraube auf den Verbraucher würde. Man dürfte nicht einseitig verfahren, nur auf die Einnahmeseite zu sehen, sondern müsse vor allem die Ausgabeleistungen prüfen. Ist es in erster Linie notwendig, bei den inneren landwirtschaftlichen Betrieben die Wirtschaft in Westfrente umzuwandeln. Bei der geringen Aufnahmebereitschaft des inländischen Hypothekensystems kann hier nur eine Auslandsanleihe wirksame Hilfe leisten. Außerdem wäre es notwendig, die landwirtschaftlichen und kommunalen Betriebe sowie der öffentlich-rechtlichen Körperstellen und Versicherungsanstalten für zweifelhafte Hypothekentrieb heranzuziehen.

Die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates nahm für sich das Bescheidensuchen in landlicher Weise den Öffentlichkeit die Notlage der Landwirtschaft bargelegt und einen Weg gewiesen zu haben, der bei schließlichen Fortsetzen der produktiver Arbeit im Interesse des Volkes liegen dürfte.

Deutsch-französischer Handelsvertrag ratifiziert

Saarabkommen und Vertrag mit Belgien

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

14. Paris, 23. Februar.

Die französische Kammer hat heute den deutsch-französischen Handelsvertrag zusammen mit dem Wirtschaftsabkommen mit Belgien und Italien ratifiziert. Außerdem ist das deutsch-französischen Abkommen über den Warenverkehr mit dem Saargebiet von dem französischen Handelsminister Dolomieu und dem Chef der deutschen Delegation, Ministerdirektor Wegmann, paraphiert worden. Die offizielle Erklärung durch den französischen Außenminister Briand und den Reichs- und Reichsminister für Wirtschaftswesen, daß der Ratifizierung des deutsch-französischen Handelsvertrages mit Belgien und Italien folgen. Das Abkommen soll der Kammer schon in der nächsten Woche zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Der neue Handelsvertrag zwischen Frankreich und Belgien, der in der vergangenen Nacht jene endgültige

Bestellung erhalten hat, ist heute nachmittag in französischen Außenministerium ratifiziert worden. Der neue Vertrag, der bis zum 1. Juli 1929 läuft, tritt an die Stelle der verfallenen im Laufe der letzten Jahre geschlossenen provisorischen Abkommen. Er stellt die erste auf längere Zeit getroffene Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und der belgisch-luxemburgischen Zollunion dar.

Die Verhandlung darüber haben sich außerordentlich löblich gestaltet, da erst in den allerletzten Tagen über die hauptsächlichsten Streitfragen eine Einigung erzielt werden konnte. Nach einer offiziellen Mitteilung hat die belgische Regierung nach langem Zögern die von Frankreich für die Einfuhr ihrer Weine, feiner Seidenzeugnisse und Automobile verlangten Vergünstigungen nunmehr gewährt und als Kompensation dafür ein Zugeständnis für seine Automobilwagen, seine Metallindustrie und für die Erzeugung der belgischen Waffenfabriken erhalten. Ein erheblicher Teil der von Frankreich den Belgiern gemachten Konzessionen dürfte, ähnlich wie dies bei dem Handelsabkommen mit Belgien der Fall war, der deutschen Einfuhr auf Grund der Weltwirtschaftslage automatisch zugute kommen.

Ohne Trost

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

14. Moskau, 23. Februar.

Mit stillstimmigen Stimmen feiert man heute in Moskau und allen anderen Städten der Sowjetunion den zehnten Jahrestag des „Roten Armes“. Volkstische Feiern in Clubs, Zirkeln, Kofferten und auf den Straßen sind vorgesehen. Übergabe von Flugzeugen, die aus öffentlichen Spenden gebaut wurden, darunter des ersten Sowjetflugzeuges, findet zum Jubiläum statt. Radio, Presse und Kino haben in diesen Tagen ganz im Zeichen der „Roten Armee“ und „Bauernarmee“, die als Vater Gehob der Sowjetunion und des sozialistischen Bauens“ aber auch als besonders wertvolles Merkmal der Partei und der Parteiarbeitung auf dem flachen Lande gefeiert wird.

Stimmen oder Geiseln, noch in Gefangen oder Artisten, noch in den kaiserlichen Klüften gebadet wird.

Soweit die Rumpfbünde die Verdienste der Trost im Amt folgenden Kriegskommunäre Franz und Worschlow besonders hervorzuheben und auf die politische Lage eingehen, stimmen sie darin überein, die Situation als außerordentlich gespannt darzustellen. Die rote Armee, die bei feindlicher Politik der Sowjetunion ausdiesigliche Hilfe, die Deutsche Hilfe sei, müsse auf der Seite und Rücksicht sein, da die Imperialisten den Krieg vorzubereiten und die Zeit neuer Kämpfe nach und unermüdet ist.“

Die japanischen Wahlen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

*** London, 23. Februar.**

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der japanischen Reichstagswahlen hat die Regierungspartei 210 Sitze erhalten, die liberale Oppositionspartei 110 Sitze erhalten. Die Sozialreformler sind zum ersten Mal mit 4 Sitzen die Arbeiter- und Bauernpartei mit 8 Sitzen im Parlament vertreten. Da die Ergebnisse aus 12 Wahlkreisen noch fehlen, läßt sich noch nicht sagen, ob die Wille die bisherige Mehrheit der Reichstagsmehrheit verliert oder eine traurige Mehrheit über die Sozialisten behält.

Die Preußenkasse als Reichsinstitut?

Eine Sonderstellung in der Debatte des Deutschen Landwirtschaftsrates nahm das Kapitel Preußenkasse ein. Reichspräsidenten Mitglieder des Landwirtschaftsrates beantragten die Überlegung, um die bekannten Bestimmungen, die Preußenkasse in ein Reichsinstitut umzuwandeln, zu präzisieren.